

# **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.04.2004**

---

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II  
Sitzungsdauer: 17:00 bis 19:15 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Helga Grix

ANWESENDE:

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

### **SPD**

Ratsfrau Helga Grix  
Ratsfrau Elfriede Meyer bis 19.08 Uhr  
Ratsherr Rico Mecklenburg

### **CDU**

Ratsherr Ihno Groeneveld  
Ratsherr Werner Vollprecht

### **FDP**

Ratsherr Holger Klaassen

## **Stimmberechtigte sonstige Mitglieder**

Herr Wilhelm Grix  
Herr Norbert Haarmeyer  
Frau Regina Meinen

## **Nichtstimmberichtigte Mitglieder**

### **Bündnis 90/Die Grünen** (Grundmandat)

Ratsherr Bernd Renken bis 19.10 Uhr

### **Beratende Mitglieder**

Herr Timo Kromminga bis 18.45 Uhr  
Herr Abdou Ouedraogo  
Herr Carsten Schubert  
Frau Ingrid von Schwartzenberg

### **von der Verwaltung**

Stadtrat Martin Lutz, Verwaltungsvorstand  
Stadtamtsrat Richard Lücht  
Stadtangestellter Tom Sprengelmeyer  
Stadtangestellter Eckhard Kühl  
Stadtangestellter Herald Ihnen  
Stadtangestellter Markus Frein  
Stadtangestellter Wilhelm Berends  
Stadtangestellte Agnes Rauch, Protokollführung

### **Gäste**

2 Vertreter der örtlichen Presse

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.04.2004**

---

**Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau Grix** begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Punkt : 2** Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

**Punkt : 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.01.2004

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.01.2004 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 4** Genehmigung der Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.02.2004

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.02.2004 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 5** Verpflichtung beratender Mitglieder

**Frau Grix** nimmt die Pflichtenbelehrung und die förmliche Verpflichtung nach den Vorschriften der Nds. Gemeindeordnung für Herrn Carsten Schubert vor.

**Punkt : 6** Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Einwohner haben an der Sitzung nicht teilgenommen.

### MITTEILUNGSVORLAGEN

**Punkt : 7** Vorlage 14/1121-00  
Bericht über Investitionszuschüsse für Kindertagesstätten 2003

**Herr Kühl** erklärt, vor Jahren sei beschlossen worden, dass die Verwaltung über die zur Verfügung stehenden Investitionsmittel und entsprechenden Verhandlungen mit den freien Trägern einmal jährlich berichten solle. Aus der Vorlage sei ersichtlich, dass im letzten Jahr sehr viele Kleininvestitionen gemacht worden seien. Auch in diesem Jahr werde es wieder so sein. Bisher hätten 14 Einrichtungen Anträge gestellt und die Gesamtkosten dieser auch notwendigen Maßnahmen würden schon bei 90.000 € liegen. Insofern müsse man harte Verhandlungen führen, um mit 25.600 € hinzukommen.

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.04.2004**

---

**Herr Renken** erkundigt sich, wenn es sich hierbei um die Gesamtkosten handele, ob man dann wie im letzten Jahr ungefähr von einem 50 %igen städtischen Anteil ausgehen könne.

**Herr Kühl** entgegnet, im letzten Jahr sei man mit einem Zuschuss von 50 % ausgekommen. In diesem Jahr habe man einen wesentlich höheren Bedarf, aber nur die gleichen Haushaltsmittel zur Verfügung. Es stelle sich die Frage, ob man weiterhin 50 %ige Zuschüsse vergeben könne oder entsprechend reduzieren müsse.

**Herr Renken** fragt an, ob in 2003 alle Anträge bewilligt worden seien.

**Herr Kühl** führt aus, zwei Anträge seien nicht berücksichtigt worden. Diese Investitionssumme von 6.000 € sei in der Gesamtsumme dieses Jahr enthalten.

**Herr Groeneveld** bittet um Auskunft, wie sich die laufenden Betriebskostenzuschüsse in den letzten Jahren entwickelt hätten.

**Herr Kühl** erwidert, der Gesamtzuschussbetrag im Haushalt werde nicht höher. Man müsse verhandeln, da mit allen Trägern Verträge mit einer Defizitabdeckung abgeschlossen worden seien, dass entsprechende Kostensteigerungen, falls sie über das Budget nicht mehr aufzufangen seien, im Gesamtrahmen ausgeglichen werden müssten. Das sei im vergangenen Jahr geglückt, zumal mit Landesmitteln gearbeitet werden konnte. Er hoffe, dass man in diesem Jahr mit dem vorgesehenen Zuschuss in Höhe von 2,7 Mio. € hinkommen werde.

**Herr Renken** sagt, die Landesregierung plane die Einstellung der Mittel für die Kindertagesstätten in den Kommunalen Finanzausgleich. Er bittet um Auskunft, ob es schon Einschätzungen über die Auswirkungen geben würde, da man bei der jetzigen Regelung einen Vorteil gehabt habe.

**Herr Lutz** bestätigt dieses. Man habe tatsächlich für ein Jahr einen Vorteil gehabt. Wie es sich jedoch ab 2005 im Kommunalen Finanzausgleich auswirken werde, könne er noch nicht sagen, da die Zahlen noch relativ unklar seien. Für das Jahr 2004 habe man den Bescheid über den Kommunalen Finanzausgleich erhalten. Hier käme man mit den im Haushalt eingeplanten Zahlen ganz knapp hin.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 8** Vorlage 14/1119-00  
Bericht über bezuschusste Gruppen nach den Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit 2003

**Herr Ihnen** erläutert die Vorlage und stellt fest, dass die Gruppenförderung in Emden stabil geblieben sei. Pro Kinder- oder Jugendgruppe bezahle die Stadt Emden 110 €. Besonders in den Kirchen funktioniere die Jugendarbeit sehr gut.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.04.2004**

---

**Punkt : 9**      Vorlage 14/1120-00  
Ausführliche Vorstellung des Sachgebietes Spielplätze

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, man habe bereits häufig über das Thema Spielplätze in den Ausschusssitzungen gesprochen. Es sei nun an der Zeit, sich ausführlich damit zu beschäftigen. Die Spielplätze seien Anfang 2003 in ihrer Gesamtheit als Sachgebiet zur Jugendförderung gekommen. Seit diesem Zeitpunkt versuche man hier ein funktionierendes System aufzubauen. Spielplätze befinden sich aus verschiedensten Gründen im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Gesetzlich sei man verpflichtet, im Umkreis von 400 m in Wohngebieten Spielplätze für 6 bis 12-jährige Kinder vorzuhalten. Bei Neugestaltungen und Sanierungsmaßnahmen würden auch die Wünsche der Anwohnerschaft berücksichtigt werden. Die Kosten eines Spielplatzes in einem Neubaugebiet seien jeweils in den Erschließungskosten enthalten, so dass für die Stadt in der Regel keine weiteren Investitionen notwendig seien.

Von der Jugendförderung würden 68 Flächen gewartet und gepflegt werden. Dazu sei nunmehr ein Spielplatzkataster entwickelt worden. Die Anschaffung dieses Katasters habe der Jugendhilfeausschuss bereits am 20.06.2002 beschlossen. Man sei im letzten Jahr in der glücklichen Situation gewesen, dass ein Student aus Oldenburg zusammen mit der Firma Plancontor aus Pewsum an die Jugendförderung herangetreten sei, da eine Modellstadt für die Entwicklung eines Spielplatzkatasters gesucht worden sei. Man habe sich gerne dafür zur Verfügung gestellt, da die Kosten für das Kataster in Höhe von 6.700 € dadurch günstiger ausgefallen seien. Der Entwickler, Herr Sven Thoms, werde nun eine Dokumentation dieses Spielplatzkatasters vornehmen.

**Herr Thoms** begrüßt die Anwesenden, stellt sich vor und gibt eine Übersicht über das Spielplatzkataster „top Spiel“, welches ein Programm zur Verwaltung, Wartung und Analyse von Spielplätzen mit den dazugehörigen Spielgeräten und Freiflächen sei. Er habe dieses in Zusammenarbeit mit der Firma Plancontor entwickelt.

Herr Thoms erklärt anhand einer Powerpoint-Präsentation das von ihm im Rahmen seiner Diplomarbeit ausgearbeitete Spielplatzkataster „top Spiel“.

**Frau Grix** bedankt sich bei Herrn Thoms für den Vortrag.

**Herr Sprengelmeyer** bedankt sich ebenfalls bei Herrn Thoms für seine Arbeit und teilt mit, dass nun alle Daten der Spielplätze nach und nach in dieses System eingepflegt würden. Geplant sei, dieses auch öffentlich über das städtische Intranet nutzbar zu machen.

**Herr Thoms** ergänzt, seit dem 01.03.2004 sei er für die Zeit von drei Monaten über einen Werkvertrag bei der Stadt Emden angestellt. Zusammen mit Herrn Berends würde er jetzt die Spielplätze abfahren und die Daten in das Kataster einbringen.

**Herr Sprengelmeyer** erläutert weiterhin, man habe für den Sicherheitsbereich drei Mitarbeiter, die jeden Tag die Spielplätze kontrollieren, die Geräte sichten und eventuelle Mängel feststellen würden. Für die Instandhaltung der Geräte inkl. Sandkästen würden 15.000 € zur Verfügung stehen. Für den Bereich Wartung und Pflege der Plätze habe man derzeit weder Personal noch Geld. Man versuche das aufzufangen, in dem vorrangig auf Meldungen der Öffentlichkeit reagiert werde. Man habe in der Jugendförderung auch immer Personen, die im Rahmen der gemeinnützigen Arbeit tätig seien, die im leichteren Bereich pflegen und warten könnten. Dieses sei aber bei der Vielzahl der Plätze nicht auskömmlich.

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.04.2004**

---

Herr Sprengelmeyer drängt darauf, dass man zukünftig einen Ansatz zur Verfügung gestellt bekommen würde. Auch aus der Bevölkerung werde darauf hingewiesen, dass die Plätze nicht gemäht würden und damit auch nicht bespielt werden könnten. Für ihn sei dieses ein unhaltbarer Zustand.

**Herr Berends** unterstützt die Ausführungen von Herrn Sprengelmeyer und weist darauf hin, dass sich die Spielplätze in einem erbärmlichen Zustand befinden würden.

**Herr Sprengelmeyer** erklärt weiter, bei 6 bis 7 Spielplätzen arbeite man mit den Bürgervereinen und Anwohnern im Bereich der Pflege und Wartung zusammen. Dabei würden Geräte, Transporte, Fahrzeuge, Anhänger usw. von der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Das bürgerschaftliche Engagement und die Weiterentwicklung des Ehrenamtes haben sich bewährt und seien sicherlich noch weiter ausbaufähig. Als Dankeschön habe die Jugendförderung diese Vereine und Anwohner im letzten Jahr zu der Ferienpasshelferfahrt eingeladen.

Herr Sprengelmeyer weist auf die Investitionen und Sanierungen 2003 hin, die der Vorlage beigefügt wurden.

**Frau Meyer** erkundigt sich, warum die AAGE die Pflege der Spielplätze nicht übernehmen könne.

**Herr Sprengelmeyer** erwidert, man habe mit der AAGE gesprochen. Diese sei durchaus bereit, hier unterstützend tätig zu werden. Sie könne jedoch keine Gewährleistung für den Grünschnitt, der 14 bis 15 mal im Jahr durchgeführt werden müsse, geben. Wenn Bedrängnisse vorhanden seien, stoße man bei der AAGE durchaus auf offene Ohren und helfende Hände. Jedoch ist dieses ohne eine finanzielle Zuwendung nicht in einen Vertrag oder eine Vereinbarung zu bringen.

**Frau Meyer** fragt nochmals an, wer denn nun das Gras schneiden würde.

**Herr Sprengelmeyer** antwortet, man hängele sich hier über die Runden. Man werde, wenn Bedrängnisse da seien, durchaus von der AAGE und vom BEE unterstützt. Wenn der BEE in der Nähe sei und freie Kapazitäten habe, würde er durchaus einen Spielplatz mitmähen. Es werde auf Beschwerden der Öffentlichkeit reagiert, in dem versucht werde, Leute, die gemeinnützige Arbeit ableisten, dort einzusetzen. Jedoch dürften diese Leute, die nicht geschult worden seien, nicht an technische Geräte gelassen werden. Hier gehe es auch nicht nur um Hecken, sondern auch um Bäume und Äste, die beschnitten werden müssten.

**Herr Groeneveld** bittet um Auskunft, warum man die 100.000 € für die Grundsanierung von Spielplätze nicht dazu benutze, die Spielplätze in Stand zu halten. Auf der anderen Seite plane man immer neue Spielplätze. Weiterhin stellt er fest, dass der Jugendhilfeausschuss in den letzten beiden Jahren Beschlüsse gefasst habe, die zum Teil aber nicht in der der Vorlage beigefügten Auflistung aufgeführt worden sein.

**Herr Lutz** erklärt, die Antwort liege im deutschen Haushaltsrecht. Man habe einen Vermögenshaushalt, aus dem alles finanziert werde, was nachher in die Anlagenbuchhaltung hineinkäme und was in die Abschreibung hineingebracht werden müsse. Aus dem Verwaltungshaushalt dagegen seien die Kosten der Pflege – da es laufende Kosten seien – zu entrichten. Die Kosten für die Neueinrichtung der Spielplätze kommen aus dem Vermögenshaushalt. Man müsse sogar eine Pflichtzuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt machen, sei jedoch nur in ganz besonderen Notlagen dazu berechtigt, Geld aus dem Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt mit hereinzubringen.

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.04.2004**

---

**Herr Sprengelmeyer** stellt fest, grundsätzlich werden die Beschlüsse umgesetzt. Wenn in der Auflistung etwas fehle, sei es wohl schlichtweg vergessen worden.

Weiterhin führt er aus, aus den 15.000 € für die Instandhaltung der Spielplätze könne man wirklich nur die notwendigsten Reparaturen oder einen Sandwechsel vornehmen. Alles andere sei damit nicht zu machen. Bei den neuen Spielplätzen in den Baugebieten würde der Jugendförderung nichts anderes übrigbleiben, weil sie dort hinmüssten. Er selber habe bereits schon öfters auf diesen Zustand hingewiesen und im letzten Jahr im Zusammenhang mit den neuen Schulhöfen in Barenburg empfohlen, keinen einzigen Auftrag auszusprechen, bevor nicht sichergestellt sei, wer die Pflege und Wartung dieser sehr teuren Schulhöfe übernehme.

**Herr Renken** erklärt, er habe nicht erwartet, hier ein befriedigendes Bild der Problematik der Kinderspielplätze in Emden zu bekommen. Man habe auf der einen Seite gesagt, man wolle das Sanierungsprogramm vorantreiben. Dafür seien auf immer die Mittel bereitgestellt worden. Ob man das auch in Zukunft in diesem Umfang könne, sei fraglich. Zum anderen seien die Mittel für die Instandhaltung der Spielplätze offenbar nicht ausreichend. Er weist darauf hin, dass Spielplätze keine freiwillige Leistung, sondern eine Pflichtaufgabe seien. Und von ca. 200 € im Jahr pro Spielplatz könne man keine vernünftige Instandhaltung betreiben. Eine Lösung könne er auch nicht vorschlagen, aber er setze große Erwartungen auf die Ergebnisse des Katasters, damit Ansatzpunkte gefunden werden, um die Instandhaltung und Wartung effizienter betreiben zu können.

Herr Renken stellt die Frage, welche Priorität die Infrastruktur für Kinder in der Stadt Emden auf der politischen und Verwaltungsebene genießen würde. Man habe sich das Ziel gesetzt, eine kinderfreundliche Stadt zu sein. Kinderspielplätze und deren Zustand seien ein Beleg für Kinderfreundlichkeit. Zum anderen werde mit sehr viel Personal und Material dafür gesorgt, dass man zu jedem Zeitpunkt eine blitzsaubere Stadt habe. Auf den Spielplätzen habe man eine ganz andere Situation. Hier stelle sich die Frage, ob man in diesem Bereich etwas verschieben müsse, um evtl. neue Ressourcen erschließen zu können.

**Herr Mecklenburg** stellt fest, dass das Geld im Verwaltungshaushalt für diesen Bereich nicht ausreiche und ein sehr ungepflegter und verwilderter Spielplatz geradezu zum Vandalismus einlade.

**Herr Grix** erklärt, durch ein Kataster habe man nun ja eine permanente Kontrolle. Diese Kontrolle koste pro Spielplatz 2.000 €. Und anschließend stelle man fest, dass man nichts tun könne. Wenn die AAGE oder der BEE nebenbei den Grünschnitt erledige, dann mache das deutlich, dass dieses außerhalb der budgetorientierten Tätigkeit gemacht werde. Im Grunde genommen werde dann falsch gebucht. Wenn man konsequent weiterdenke und das Spielplatzkataster benutzen wolle, müsste man zu den Überlegungen kommen, entweder die Spielplätze zu schließen oder das Gras wachsen zu lassen, das dort keine Kinder mehr hingehen. Das könne nicht Sinn der Sache sein. Die Jugendförderung und der Kämmerer sollten sich Gedanken machen, ob die Möglichkeit bestünde, Kinderspielplätze in Trägerschaften etwa von Baugesellschaften zu geben, so wie es vor Jahren in der Siedlung Volkswagen gewesen sei. Grundsätzlich sei hier ein Instandhaltungsbudget zu entwickeln, das die Auftragsituation für die Spielplätze als Gesamtbudget darstelle. Nur so könne man die tatsächlichen Kosten erfassen.

**Herr Lutz** unterstreicht das von Herrn Grix Gesagte. Es sei richtig, dass die Kommunen heutzutage häufig nicht in der Lage seien, Pflichtaufgaben zu erfüllen. Bei vielen Kommunen – auch teilweise in Emden – funktioniere das bürgerliche Engagement ausgezeichnet. Man werde sich als Stadt darum bemühen, weitere Partner wie Wohnungsbaugesellschaften oder

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.04.2004**

Anwohner zu finden. Inwieweit die AAGE oder sonst jemand einbezogen werden könne, müsse geprüft werden.

Herr Lutz teilt mit, dass die Pflege der Kinderspielplätze durch den BEE in Zukunft nicht mehr als Gefälligkeit verbucht werde.

Weiterhin führt er aus, dass das Geld, welches man für den Spielplatz habe, natürlich nicht für die Instandhaltung ausreichen werde. Er weist auf den Gesamthaushalt hin. Man sei verpflichtet, das Vermögen der Stadt Emden zu erhalten. Auch reichen die Einnahmen im Vergleich zu den Ausgaben üblicherweise seit Jahren nicht mehr aus. Man habe Millionenbeträge in Hochbauten und Straßenbauten nachzuholen und man werde in den nächsten Jahren nicht mehr in der Lage, Pflichtaufgaben auch tatsächlich zu erfüllen.

**Herr Sprengelmeyer** stellt fest, dass es Absprachen geben werde und die Jugendförderung ein Budget erhalten werde, um die Spielplätze geländemäßig in Stand halten zu können. Auch wenn bürgerschaftliches Engagement weiter um sich greifen werde, gehe dieses nicht zum Nulltarif. Ein weiteres Problem seien auch die nicht aktiven Spielplätze, die als Eigentum der Jugendförderung geführt würden, da die Verkehrspflicht nicht geklärt sei.

Ferner spricht er den Stellenwert der Kinderspielplätze an. Als die Jugendförderung im Rahmen des Neuen Steuerungsmodells diese Aufgabe zugeordnet bekam, habe man dieses angenommen, obwohl man für die Koordination der ganzen Arbeiten kein zusätzliches Personal bekommen habe. Man habe Herr Berends, der bisher für die Gebäude zuständig war, für diese Aufgabe freigestellt.

Zum Thema Beschwerden von Anwohnern über Vandalismus, Lärmbelästigung und Sachbeschädigung an eigenen Häusern teilt Herr Sprengelmeyer mit, dass dem nur effektiv begegnet werden könne, wenn jemand hingehge und sowohl mit den Verursachern als auch mit den Anwohnern Kontakt aufnehme.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

### **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

**Punkt : 10** Vorlage 14/1117-00  
Investitionen zur Sanierung von Spielplätzen 2004

**Herr Sprengelmeyer** trägt vor, es werde vorgeschlagen, die Spielplätze neu zu beschildern. Zum Teil seien diese mit veralteten Schildern ausgewiesen oder gar nicht beschildert. Die günstigste Variante sei, die Schilder vor Ort bei einem hiesigen Hersteller anfertigen zu lassen, der dann auch die entsprechenden Wünsche berücksichtigen könnte. Die Kosten würden pro Schild 17,60 € plus Mehrwertsteuer betragen. Im Fachhandel liege der Preis pro Schild bei 70 €.

Ferner schlägt Herr Sprengelmeyer vor, den Spielplatz Stephansplatz umzugestalten. Er bezieht sich auf einen Antrag der SPD-Fraktion vom letzten Jahr. Er erklärt, damals sei es darum gegangen, diesen Spielplatz einzuzäunen, um die Hunde fernzuhalten. Er habe darauf geantwortet, dass er es nicht mittragen wolle, dass Kinder eingezäunt und die Hunde frei laufen gelassen werden. Man wolle jetzt diesen offenen und kleinen Spielplatz umgestalten und dabei auch die Hundeproblematik berücksichtigen. Leider lasse es sich zurzeit rechtlich nicht klären, ob es möglich sei, die Hundehalter gebührenpflichtig zur Verantwortung zu ziehen, wenn die Hunde den Spielplatz verdrecken. Die einzige Möglichkeit, die man momentan habe, sei die Leinenpflicht für Hunde im Freigelände für die Zeit von April bis Juli.

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.04.2004**

---

**Herr Grix** stellt die Frage, wie man da denn die Hunde weghalten wolle. Seines Erachtens sei der Antrag der SPD-Fraktion nicht richtig beantwortet worden.

**Herr Sprengelmeyer** entgegnet, dass stimme nicht. Er habe schriftlich geantwortet, dass er einen Zaun nicht befürworte, es aber dem Jugendhilfeausschuss zur Überplanung vorschlagen werde. In diesem Rahmen müsse dann eine Idee entwickelt werden, wie es zu realisieren sei. Er schlage nun vor, diesen Spielplatz neu zu überplanen und die Hundeproblematik dabei besonders zu berücksichtigen.

**Herr Groeneveld** weist in diesem Zusammenhang auf die Satzung öffentliche Sicherheit und Ordnung hin. Wenn man diese Satzung in geänderter Form durchbekomme, wäre es kein Problem, dieses mit Bußgelder zu ahnden. Zum anderen stellt er fest, dass durch die Umgestaltung 30.000 € verplant werden und somit wieder ein Großteil vom Budget weggehe. Er fragt an, es nicht günstiger sei, wenn man die Jugendwerkstatt oder die AAGE miteinbeziehen würde.

**Frau Meyer** stellt fest, sie habe kein Problem mit einem Zaun um einen Kinderspielplatz. Die Kinder seien damit sicher aufgehoben. Sie weist darauf hin, dass der Bürgerverein Großfaldern sich an die SPD-Fraktion gewandt habe, dass die Dornenhecke auf dem Spielplatz Stephansplatz möglichst schnell zurückgeschnitten werden müsse, da diese eine Gefahr für die dort spielenden Kinder sei.

**Herr Grix** erklärt, selbst Kindergärten seien in der Regel mit einem hohen Gitterzaun umgeben, um die Kinder zu schützen. Man könne das von zwei Seiten sehen. Man sollte diese Angelegenheit noch einmal überdenken. Er ist überzeugt, dass die Hundeproblematik auch nicht mit einer Stadtsatzung in den Griff zu bekommen sei.

**Herr Klaassen** regt an, die neuen Schilder bunt und ansprechend zu gestalten und mit dem Hinweis zu versehen, dass Hunde an der Leine zu führen seien. Auch er halte eine Einzäunung grundsätzlich nicht für sehr glücklich, wenn es jedoch keine andere Möglichkeit geben würde, wäre ein Zaun doch sinnvoll. Falls es in Emden noch keine Satzung speziell für Spielplätze, Parkanlagen etc. geben würde, schlage er vor, eine zu erarbeiten und quasi eine Benutzungsordnung in Form einer Satzung zu erlassen, um die rechtliche Sicherheit zu schaffen.

**Herr Renken** bemerkt, er kenne viele Städte, wo aufgrund des Vandalismusproblems tatsächlich die Spielplätze umzäunt seien. Da habe aber zur Folge, dass man diese Spielplätze auch abschließen müsse, denn sonst bringe es nichts. Dadurch würden auch wieder zusätzliche Personal- und Sachkosten auftreten. Er könne sich nicht vorstellen, dieses bei jedem Spielplatz in der Stadt machen zu müssen. Aber man sollte überlegen, ob es nicht eine sinnvolle Sache sei, die sich hinsichtlich der Vandalismusprobleme letztendlich auch auf die Instandhaltungskosten auszahle. Dieses müsse im Rahmen eines Gesamtkonzeptes geklärt werden.

Herr Renken bittet darum, die Umplanungsidee zum Stephansplatz nach dem Beteiligungsverfahren und vor ihrer Realisierung im Jugendhilfeausschuss vorzustellen.

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, dass würde er auch vorschlagen. Er weißt jedoch darauf hin, dass es schwierig werden könne, das Ergebnis, welches im Beteiligungsverfahren erarbeitet worden sei, von dieser Seite wieder umzuschmeißen.



## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.04.2004**

---

Bezüglich der Zäune gibt Herr Sprengelmeyer zu bedenken, was die pädagogische Zielrichtung sei und welche Signale von Verwaltung und Politik in der Stadt ausgegeben werden. Darüber solle man sich nicht nur hier, sondern auch an andere Stelle in den Fraktionen Gedanken dazu machen. Gleiches könne er sich für den Schildervorschlag vorstellen. Wegen der rechtlichen Klärung nehme er den Hinweis der Satzung noch einmal auf.

Weiter führt Herr Sprengelmeyer aus, dass die SPD-Fraktion einen Antrag gestellt habe, den Spielplatz Dohlenstraße wieder in Betrieb zu nehmen. Man schlage nun anhand der Kinderzahlen in dem Bereich Dohlenstraße/Kiebitzstraße vor, einen Spielplatz wieder in Betrieb zu nehmen und den anderen Platz in Zusammenarbeit mit dem Stadtteil zu einem Dorfplatz o. ä. umzugestalten. Ferner wolle man den Spielplatz Berliner Straße/Münchener Straße, der sehr stark frequentiert werde, um ein neues Gerät ergänzen.

**Frau Meyer** gibt zur Kenntnis, dass der Siedlerverein Dohlenstraße/Kiebitzstraße sich bereit erklärt habe, für einen Spielplatz die Patenschaft zu übernehmen.

Beschluss: Investitionen im Bereich der Spielplätze werden in 2004 wie aufgeführt getätigt:

1. Zur Anschaffung neuer Schilder	ca. 2.100 €
2. Umgestaltung Stephansplatz	30.000 €
3. Umgestaltung Dohlen- oder Kiebitzstraße	10.000 €
4. Ergänzung Berliner-/Münchener Straße	6.000 €
	<b><u>Gesamt 48.100 €</u></b>

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 11 Vorlage 14/1118-00  
Zuschüsse für Jugendverbände

**Herr Sprengelmeyer** erläutert die Vorlage und weist darauf hin, dass man im Grunde genommen bei den entsprechenden Haushaltsstellen am Ende angekommen sei und keine zukünftigen Anträge im Bereich der Betriebskosten und Ausrüstungen bezuschussen könne. Die Förderung und Unterstützung der freien Träger sei eine Kernaufgabe, die die Jugendförderung habe. Man werte die zunehmende Anzahl der Anträge in erster Linie als Ergebnis einer erfolgreichen Zusammenarbeit. Man habe auch in Erwägung gezogen, lineare Kürzungen vornehmen, um alle bedenken zu können. Auch sei man gerade in Zeiten finanzieller Enge zunehmend auf ehrenamtliches Engagement angewiesen.

Herr Sprengelmeyer weist besonders auf die Maßnahmen hin, die nicht zwingend den Richtlinien entsprechen würden. Das Eltern- und Kinderzentrum Wackelpeter sei in dieser Form einmalig in Emden und habe keine finanziellen Ressourcen. Wenn die Stadt Emden hier nicht fördere, werde der Wackelpeter sich nicht halten können. Zum anderen seien da die internationalen Begegnungen der Schulen, die traditionell ein Stück weit gewachsen seien. Man habe eigentlich kein Geld mehr, um die freien Träger zu fördern. Aber ohne den Zuschuss würden die Schulen ihre Maßnahmen nicht durchführen können.

**Herr Ihnen** erklärt, dieser Zuschuss sichere nicht das Überleben des Vereins Wackelpeter. Bei einer Zusammenkunft mit dem Jugendhilfeausschuss sei seinerzeit deutlich geworden, dass die Förderung niedrigschwelliger Angebote gewünscht werde. Das habe dazu geführt,

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.04.2004**

---

dass am Ende des letzten Jahres eine Rettungsaktion für den Wackelpeter stattgefunden habe.

Er weist darauf hin, dass man eigentlich noch gar nicht beschließen könne, da der Haushalt noch nicht genehmigt worden sei. Das mache die Sache prekär. Allerdings würden die Verbände darauf warten, dass sie ihre Maßnahmen durchführen könnten. Man habe ich Emden Richtlinien zur Förderung der Jugend, die dazu gedacht seien, den Verbänden ihre Arbeit zu gestatten, da sie letztendlich das übernehmen würden, was die Stadt nicht übernehme.

Herr Ihnen spricht die internationalen Begegnungen an. Es sei hier im Ausschuss eine gute Tradition, dass die Anträge der BBS, der Realschule und des Gymnasiums am Treckfahrtstief positiv beschieden würden. Es handele sich hier nicht um rein schulische Maßnahmen, sondern gehe weit darüber hinaus. Seiner Meinung nach sei eine Förderung unbedingt notwendig auch im Hinblick auf das zusammenwachsende Europa.

Bezüglich der internationalen Begegnungen mit Partnern aus Archangelsk teilt Herr Ihnen mit, dass an der Jugendleiterausbildung und Fortbildung auf Juist in den Osterferien drei Frauen aus Archangelsk teilgenommen hätten. Die Jugendarbeit dort entwickle sich sehr positiv und man erkenne den Willen, dass die Leute dort etwas machen wollen. Seiner Ansicht nach müsse dieses auch honoriert werden. Es genüge nicht, dass ältere Leute nach Russland fahren würden. Die Jugendlichen müssten nachwachsen, ansonsten werde die Partnerschaft eines Tages einschlafen.

**Frau Meyer** fragt an, warum die Projekte der Schulen aus dem Haushalt der Jugendförderung bezahlt werden müssten.

**Herr Grix** warnt vor übertriebenen Bürokratismus. Er ist der Ansicht, dass für jede Maßnahme Persönlichkeiten notwendig seien, die diese Sache mittragen, mitentwickeln, dafür gerade stehen und ihren Namen hergeben. Er glaubt, dass eine schulische geführte Zusammenarbeit nicht unbedingt Erfolg habe. Im Jugendhilfegesetz sei das Subsidiaritätsprinzip nicht mehr explizit beschrieben, aber man handele noch danach. Er sei nicht dagegen, warne jedoch vor einer Ausweitung.

Herr Grix erklärt, man sei zurzeit dabei, das Daphne-Projekt mit der Fachhochschule voranzubringen. Wenn sich das entwickeln werde, müsse es über die Jugendförderung mitbegleitet werden und werde auch Geld kosten. Er erinnere sich, dass er bei den Haushaltsberatungen gefragt habe, ob im Haushalt für die internationalen Begegnungen und Kinder- und Jugendmaßnahmen auch genügend Geld vorhanden sei. Dieses sei von Herrn Lutz bestätigt worden.

Weiterhin berichtet Herr Grix von seinen Erfahrungen bezüglich der internationalen Begegnungen in Polen und Frankreich und stellt am Ende fest, dass aus Kostengründen die Fahrt nach St. Désir in diesem Jahr auf 14 Tage beschränkt werde. Man müsse eine intensive Diskussion führen, inwieweit Völkerverständigung in welchem Rahmen gefördert werden sollte. Wichtig sei, dass man dazu Geld benötige.

**Herr Sprengelmeyer** entgegnet, natürlich sei eine finanzielle Zuständigkeit in das Schulbudget vorhanden. Auch vor dem Hintergrund der Bildungsdiskussion würde es den Schulen gut stehen, projektorientiert zu arbeiten. Die Emdener Schulen seien dazu nicht in der Lage. Das gehe aber über die Zuständigkeiten des Jugendhilfeausschusses ein Stück hinaus und sollte in den nächsten Beratungen berücksichtigt werden.

Ferner weist er darauf hin, dass häufiger das Stichwort Prioritätensetzung falle. Man habe es aufgegriffen, in dem man von vornherein auf die nicht ganz richtige Zuordnung der Sache hingewiesen habe. Letztendlich liege die Entscheidung beim Jugendhilfeausschuss, ob die

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.04.2004**

Zuschüsse gezahlt würden. Die Jugendförderung habe die Verpflichtung, jeden Antrag, der an sie herangetragen werden, um Jugendhilfeausschuss vorzustellen und zu begründen.

**Herr Ihnen** ist der Ansicht, dass man die Jugendlichen da abholen müsse, wo sie sich befinden würden. Wenn sie jetzt in der Schule organisiert seien, dann wäre es die Möglichkeit, eine internationale Begegnung auch dort anzubieten. Man hoffe, dass sich in Archangelsk ein Vereinsleben entwickle, denn genau wie in Frankreich gebe es dort wenig Jugendgruppen. Man müsse versuchen, Jugendliche zusammenzubringen und ihnen die Möglichkeit geben, sich auszutauschen.

**Herr Lutz** erklärt, die Schulsozialarbeit sei Zutreffenderweise beim Jugendhilfeausschuss angesiedelt. Die Schulverwaltung habe gesetzliche Aufgaben wie die Zurverfügungstellung der Schulgebäude und Sachkosten, Lernmittel usw., damit der Unterricht stattfinden könne. Etwas anderes dagegen sei der Umgang der Schüler außerhalb der Unterrichtszeiten.

Er bestätigt, dass die Jugendförderung ausreichend finanziell ausgestattet sei. Ob das auf den einzelnen Haushaltsstellen am Ende auch so sei oder ob man umschichten müsse, wäre eine andere Frage.

**Herr Grix** berichtet von internationalen Begegnungen, die auf andere Ebene gefördert und aus eigenen Mitteln getragen worden seien. Er führt aus, man müsse auch die Verbände z. B. die Kirchen, die in der Lage wären, auch Bundes- und Landesmittel einzuwerben, mehr in die Pflicht nehmen. Ferner weist er darauf hin, dass es bezüglich der Osterweiterung EU-Mittel für Verbände und Vereine geben würde. Die Jugendförderung müsse sich damit beschäftigen und die Vereine fachlich dabei unterstützen.

**Herr Ihnen** stimmt Herrn Grix zu. Dieses sei bekannt und werde auch genutzt. Die Jugendförderung wolle gerne mehr tun, doch leider reiche die Zeit oft nicht dazu. Da Russland jedoch kein zukünftiges EU-Land sei, gestalte es dort etwas schwieriger. Aber man bemühe sich, anderswo Geld einzuwerben.

Herr Grix hat an der Beschlussfassung zu den Punkten II-2 und III (AWO Kreisverband) nicht mitgewirkt.

**Beschluss:** An Vereine und Verbände werden vorbehaltlich der Einhaltung der Richtlinien und der ordnungsgemäßen Abrechnung folgende Zuschüsse gezahlt:

### **I Zuschüsse für die Jugendverbandsarbeit:**

#### **I.1 Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände:**

- Eltern- und Kinderzentrum Wackelpeter e. V. Zuschuss für DVD Player (100 €), Midi Anlage (150 €) und Lernspiele (100 €) = 400 €	davon 2/3	266,67 €
---	-----------	----------

#### **I.2 Betriebskostenzuschüsse:**

- Kath. Kirchengemeinde St. Michael, Emden, anteilig für Jugendarbeit, 4.513,94 €	davon 1/3	1.504,65 €
- Eltern- und Kinderzentrum Wackelpeter e.V., anteilig für Jugendräume Kosten: 4.498,08 €	davon 2/3	2.998,72 €
	<b>Gesamt:</b>	<b>4.503,37 €</b>

## Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.04.2004

---

### II- 1 Fahrten und Lager

Blau- Weiß Borssum,	2 Maßnahmen	122,00 €
Ev. luth. Jugenddienst, Emden	6 Maßnahmen	304,00 €
CVJM Landesverband Ostfriesland	4 Maßnahmen	424,00 €
Ev. ref. Jugendbüro Pewsum	2 Maßnahmen	500,00 €
Gem. St. Michael, DPSG, St. Regenbogen	1 Maßnahme	1.383,00 €
EC Kreisverband Ostfriesland	17 Maßnahmen	500,00 €
Ev. Ref. Gemeinde Hinte	1 Maßnahme	435,00 €
CVJM Emden	3 Maßnahmen	138,00 €
	<b>Gesamt:</b>	<b>3.806,00 €</b>

### II- 2 Internationale Jugendbegegnungen

- Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge, Frankreich, St. Désir	10TN x 20 Tage	2.046,00 €
- Dito	20TN x 17 Tage	3.138,00 €
- Teilnahme von Jugendlichen aus Archangelsk an der Maßnahme Frankreichfahrt der „Kriegs- gräberfürsorge“	10 TN x 21Tage	2.101,00 €
- dito an der Maßnahme AWO Kreisverband Emden in Grandcamp, Frankreich,	5 TN x 21 Tage	1.050,50 €
- BBS I Fachschule f. Sozialpädagogik, Projekt : „Miteinander lernen - voneinander lernen“ , Intern. Begegnung in Emden mit Partner aus Archangelsk, Russland,	20 TN x 14 Tage	2.424,00 €
- AWO Kreisverband Emden, Frankreich, Grand Camp de Maisy		4.368,00 €
- Realschule Emden/GAT, in Polen, Obornici,	17 TN x 13 Tage	2.259,00 €
- Blau- Weiß- Borssum e.V., Begegnung in Emden u.a. zur Vorbereitung der IB in Polen	10 poln. TN x 6 Tage	831,00 €
- Blau- Weiß- Borssum e.V. Internationale Begegnung in Leba, Polen	40 TN x 14 Tage	5.655,00 €
	<b>Gesamt</b>	<b>23.872,50 €</b>

### III Kinder- und Jugenderholung

Teilnehmerbeiträge werden unter Berücksichtigung des Familieneinkommens der TN bezuschusst. Die folgenden Summen sind geschätzte Erfahrungswerte.

- AWO Kreisverband Emden, Grandcamp, Frankreich		4.400,00 €
- Sportjugend Emden, Borkum- Freizeit,	36 TN x 15 Tage	8.064,00 €
- Ev. luth. Jugenddienst Emden, Freizeit in Spanien,	30 TN x 14 Tage	4.000,00 €
- CVJM Emden, Kristinenhamm/Schweden,	20 TN x 14 Tage	2.400,00 €
	<b>Gesamt</b>	<b>18.864,00 €</b>

**Insgesamt: 51.045, 87 €**

Ergebnis: einstimmig

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.04.2004**

---

### **Punkt : 12** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

**Herr Lücht** führt aus, man habe aus der Presse entnehmen können, dass die Initiative für Intensivpädagogik in Verhandlung mit dem Land gewesen sei, einen Standort für ein Heim für nicht strafmündige Intensivtäter im Emsland einzurichten. Diese Verhandlungen seien gescheitert. Es ginge aber nie darum, dass dieses Heim in Ostfriesland oder speziell in Emden eingerichtet werden sollte. Das Jugendamt Emden sei als örtlich zuständiger Träger eingeschaltet gewesen, da die Initiative für Intensivpädagogik ihren Geschäftssitz in Emden habe.

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, der Fachbereich Jugend, Schule und Sport plane, sich auf dem Deutschen Jugendhilfetag, der vom 02. bis 04.06.2004 in Osnabrück stattfinde, zu präsentieren und einen Vortrag zum Thema „Kinderarmut: Ein Normalfall in Deutschland, Auswirkungen der zunehmenden Verarmung auf Kinder und Jugendliche“ zu organisieren.

### **Punkt : 13** Sachstandsbericht "Soziale Stadt Barenburg"

**Herr Sprengelmeyer** berichtet, Herr Christoph Anders habe seine Arbeit im Big Point aufgenommen. Er werde sich in der Sitzung des Stadtteilbeirates am 22.04.04 vorstellen.

Zum anderen sei in den zwei Osterwochen im Big-Point-Gelände das sogenannte „Drecksackprojekt II“ durchgeführt worden. Er bedankt sich ausdrücklich beim Bürgerverein für die Organisation. Es sei nun auch noch ein drittes Projekt geplant, damit die jungen Leute die Möglichkeit hätten, Maschinenscheine zu erwerben. Außerdem sei es in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt gelungen, für sechs Monate zusätzlich zwei junge Leute auf dem Big-Point-Gelände für Pflegearbeiten zu beschäftigen.

### **Punkt : 14** Anfragen

**Herr Mecklenburg** erkundigt sich nach dem Sachstand Jugendtreff Wybelsum.

**Herr Sprengelmeyer** entgegnet, bisher habe sich noch nichts getan.